



NZZ Global Risk:

Neue Zürcher Zeitung

**Das Ende des Westens?
Ein gewagter Blick in das Jahr 2028**

Szenario 1

Wahrscheinlichkeit ● ● ●

Washington in der Isolation

Szenario 2

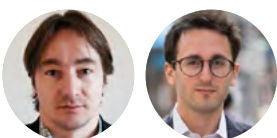
Wahrscheinlichkeit ● ● ●

**China und die USA teilen den Kuchen
untereinander auf**

Szenario 3

Wahrscheinlichkeit ● ● ●

Der transatlantische Pakt wird wiederbelebt



Gerald Hosp und Patrick Boehler, NZZ-Redaktoren
Donnerstag, 5. Juli 2018

Management-Summary

- 1 Unter Donald Trump verabschieden sich die USA von der Rolle des Garanten einer liberalen Weltordnung. Verbündete werden brüskiert, einst feindliche Autokraten hofiert.
- 2 Der amerikanische Präsident allein ist nicht die Ursache für diese Entwicklung, sie ist vielmehr ein Zeichen der Zeit. In Europa gibt es ähnliche Tendenzen. Globalisierung, technischer Wandel und Migrationsströme werden häufig als Bedrohung gesehen. Demokratie und Freihandel sind weltweit in Bedrängnis.
- 3 Der grosse Herausforderer der USA ist China. Peking ist dazu bereit, geopolitische Fehler der Amerikaner auszunutzen. Mit der Lancierung der «neuen Seidenstrasse» positioniert sich das Land als Grossmacht auf der eurasischen Landmasse.
- 4 In den Vereinigten Staaten herrscht immer wieder die Tendenz vor, sich von der Welt zu isolieren und sich selbst zu genügen. Sollte es wieder dazu kommen, könnten die westliche Wertegemeinschaft und eine Weltordnung, die auf Regeln und internationalen Institutionen aufbaut, an Bedeutung verlieren.
- 5 Die Handelsdispute zwischen den USA und China könnten den Auftakt für eine rivalisierende Partnerschaft bilden. Bei dem Streit ginge es vor allem um die Vorherrschaft im Bereich der Hochtechnologie. Europa verlöre an Einfluss.
- 6 Europäer und Amerikaner könnten auch im Schulterschluss versuchen, vereint gegenüber dem aufstrebenden China aufzutreten. Die regelgebundene Weltordnung würde ausgebaut. Ob das dafür notwendige einheitliche Auftreten der Europäer Tatsache wird, ist fraglich.

Ausgangslage

Aus 7 wurde 6 plus 1. Am jüngsten G7-Gipfel in Kanada kam es zu einem offensichtlichen Riss durch die Gruppe der führenden westlichen Wirtschaftsmächte. Die Vereinigten Staaten, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Kanada und Japan, die in diesem Klub vertreten sind, konnten sich nicht einmal zu einer symbolischen Abschlusserklärung zusammenraufen. Was zuvor noch vereinbart worden war, warf der amerikanische Präsident Donald Trump später über den Haufen. Trump machte sich danach auf zum Treffen mit dem nordkoreanischen Diktator Kim Jong Un, für den er freundlichere Worte fand als für die Staats- und Regierungschefs verbündeter Länder.

Der Begriff des Westens ist vage. Dieser ist weniger geografisch als weltanschaulich zu verstehen: Die Länder des Westens sind vereint durch Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Wahrung der Menschenrechte, Bürgergesellschaft und Marktwirtschaft. Nach den zwei Weltkriegen des 20. Jahrhunderts baut der Westen unter der Schirmherrschaft der Vereinigten Staaten ein Netz von internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der Welthandelsorganisation WTO sowie dem transatlantischen Verteidigungs-

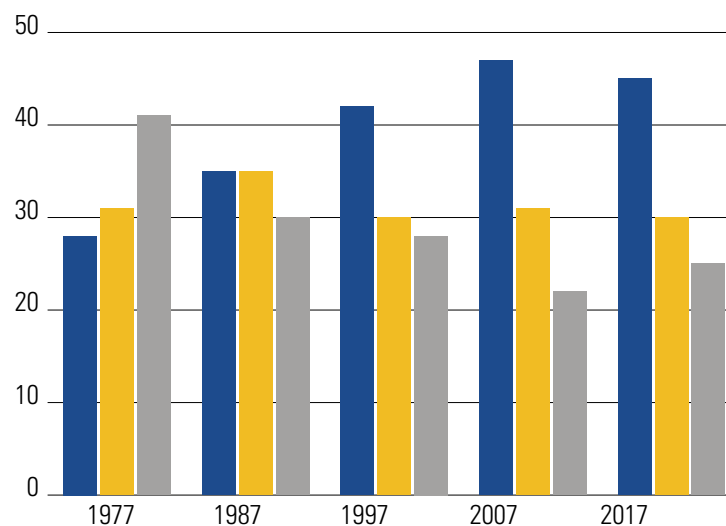
bündnis Nato auf. Ein Regelgeflecht ersetzt die blanke Macht des Stärkeren. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion schien es, als ob der Erfolg der liberalen Demokratien nicht mehr aufzuhalten wäre. Mit dem Aufstieg Chinas und anderer Schwellenländer wandelte sich das Bild wieder.

Über den «Untergang des Abendlandes» wird spätestens seit Oswald Spenglers 1918 unter diesem Titel erschienenem Buch immer wieder diskutiert. Während frühere Niedergangsszenarien die zunehmende Dekadenz des Westens und Krisen innerhalb der westlichen Institutionen ausmalten, stehen derzeit die Person Donald Trumps und sein Slogan «America first» im Zentrum. Der vom Zaun gebrochene Handelsstreit, der die internationale Welthandelsordnung infrage stellt, die Ablehnung des Pariser Klimaschutzabkommens und die Verschärfung der Sanktionen gegen Iran sind Ausdruck einer Politik, in der es für die Anliegen von Verbündeten wenig Platz hat. Die USA als mächtigster Staat der Welt verabschieden sich von der Rolle des Garanten einer liberalen Weltordnung. Der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, sieht in der transatlantischen Krise einen «Epochenbruch» in der Geschichte

Die verblässende Anziehungskraft der Demokratie

Freedom-House-Index, Anzahl Länder in %

● Freie Länder ● Teilweise frei ● unfreie Länder



Zahlen für 1987 beziehen sich auf den Zeitraum November 1986 bis November 1987.

QUELLE: FREEDOMHOUSE

NZZ-Infografik/pma.

des Westens. Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und europäischen Staaten hat es zwar schon immer gegeben. Unter Trump geraten aber westliche Grundwerte ins Wanken. Der amerikanische Präsident allein ist nicht die Ursache für diese Entwicklung, sie ist vielmehr ein Zeichen der Zeit. In Europa gibt es ähnliche Tendenzen. Die Briten stimmten vor der Wahl Trumps für einen Austritt aus der EU. In einigen EU-Mitgliedsstaaten – man denke an Ungarn, Polen, Österreich und Italien – sind Parteien an der Macht, die – in unterschiedlichem Ausmass – nationalistisch auftreten. In vielen Ländern der EU feiern Anti-Establishment- und nationalistisch gesinnte Parteien Erfolge. Globalisierung, technischer Wandel und Migrationsströme werden häufig als Bedrohung gesehen.

Autokratische Tendenzen nehmen zu: Trump und manche seiner Bewunderer in Europa sind angetan von starken Männern wie dem russischen Präsidenten Wladimir Putin oder dem türkischen «Sultan» Recep Tayyip Erdogan, die ihre Herrschaft immer auto-

kratischer ausgestalten. In China gewährte sich der Partei- und Staatschef Xi Jinping eine unbeschränkte Amtszeit. Entwicklungen wie in Südafrika, Malaysia und Armenien zeigen, dass sich die Demokratie wehrt. Der Trend geht aber in die andere Richtung: Die amerikanische Denkfabrik Freedom House spricht von einer Krise der Demokratie. Seit zwölf Jahren sind die Länder, die Rückschritte in Bezug auf die Demokratie verzeichnen, in der Überzahl gegenüber den Staaten, die demokratischer werden. Auch die Bertelsmann-Stiftung sieht die Demokratie unter Druck. Nicht nur Autokraten, sondern auch Staatschefs in demokratischen Ländern setzen vermehrt auf eine Politik der harten Hand.

Nähern sich der Westen und seine Werteordnung einer Krise? Welche Rolle spielt dabei China? Wie wird es in zehn Jahren um die Welt bestellt sein?

Hier sind drei spielerische Gedankenexperimente, wie es um die Welt im Jahr 2028 bestellt sein könnte.



Szenario 1

Wahrscheinlichkeit ● ● ●

Washington in der Isolation

Die Vereinigten Staaten ziehen sich aus dem Weltgeschehen zurück. Peking füllt das dadurch entstandene geopolitische Vakuum im Südchinesischen Meer und im Indischen Ozean sowie über die «neue Seidenstrasse».

Ohne US-Schutzschirm verliert die EU an Bedeutung, Russland und Indien entwickeln sich zu starken Regionalmächten. Die westliche Wertegemeinschaft ist ausgehöhlt.

Washington im Jahr 2028: Die amerikanische Präsidentin Ivanka Trump, die erste Frau in diesem Amt, bereitet sich auf ihre zweite Amtszeit vor. Sie will wie ihr Vater Donald Trump acht Jahre im Weissen Haus residieren. Im Unterschied zu ihrem Vater setzt die Präsidentin auf die Ausweitung von Sozialprogrammen, um die Nachfrage zu stimulieren. In Anlehnung an das Reformprogramm Roosevelts startete sie einen «Better New Deal»; die Neigung, Schulden zu machen, ist in der Trump-Dynastie jedoch gleich geblieben. Die Anzahl Golfplätze zur Förderung der Volksgesundheit wurde in den USA vervierfacht. Eine internationale Führungsrolle kann Washington nach der Finanzkrise von 2020 nicht mehr für sich beanspruchen.

Der transpazifische Handelsdisput eskalierte in einen Handelskrieg, der von chinesischen Staatsmedien als Dritter Opiumkrieg bezeichnet wurde. Washington konnte zwar Einigungen mit Peking erzielen, welche die Amerikaner das Gesicht wahren liessen und die Popularität des Trump-Clans im Inland steigerten. Der eigentliche Gewinner war aber Peking. Die Vereinigten Staaten exportieren vor allem Hollywood-Unterhaltung, Agrargüter und Erdgas ins Reich der Mitte. Dieses hat den geotechnologischen Kampf um die Vorherrschaft für sich entschieden: Roboter, Biotechnologie,

künstliche Intelligenz oder Kommunikationssysteme aus China sind weltweit führend. Die ausländischen Direktinvestitionen in den USA gehen zurück.

Die Vereinigten Staaten sind seit 2024 energieunabhängig und sind dank Schieferöl und -gas zu einem Nettoexporteur von Energie geworden. Dadurch konnte Washington die Militärausgaben verringern, die Sicherung der weltweiten Seewege für den Handel mit Waren und Energiegütern verlor an Bedeutung. Die «Energiedividende» setzte die Regierung für ein Raumfahrtprogramm ein, mit dem sie jedoch scheiterte.

Peking füllte das geopolitische Vakuum im Südchinesischen Meer und im Indischen Ozean, das die Amerikaner hinterlassen hatten. Mit der «neuen Seidenstrasse» rückten zudem China, Zentralasien und Osteuropa näher zusammen. Die Infrastrukturausgaben sind gigantisch, die Länder, die chinesische Gelder empfangen, wurden immer abhängiger von Pekings Füllhorn.

Die Asiatische Bank für Infrastrukturinvestitionen (Asian Infrastructure Investment Bank, AIIB) läuft der Weltbank den Rang ab. China beteiligt sich gar am 7.

Hilfsprogramm für Griechenland. Ein grosser Teil der Importgüter aus China erreicht Europa über Zugstrecken und Häfen, die von chinesischen Staatsunternehmen gebaut und betrieben werden.

In Ostmitteleuropa hat sich die chinesische «16+1»-Initiative zu einer alternativen Quelle von Fördergeldern für Infrastrukturprojekte entwickelt. Zwar werden diese Projekte meist an chinesische Unternehmen vergeben, sie bringen jedoch Hoffnung auf wirtschaftlichen Aufschwung in den ländlichen Regionen, die nationalistische Regierungen stützen. Darüber hinaus verlagern immer mehr chinesische Hochtechnologie-Unternehmen ihre Produktion von Drohnen und autonomen Lastfahrzeugen nach Osteuropa. Tencent und Xiaomi haben Apple und Netflix längst als beliebteste Marken bei den Jugendlichen Europas abgelöst.

Die isolationistische Haltung Amerikas stellt Europa vor grosse Herausforderungen. Bisher hatte der alte Kontinent mit der Nato unter dem Schuttschirm der USA gestanden. Alle Initiativen und Versuche, eine gesamt-europäische Verteidigung aufzubauen und sich von den Vereinigten Staaten zu emanzipieren, sind gescheitert. Die EU-Staaten diskutieren weiterhin über

die Zukunft des Euro. Die italienische Bankenkrise im Jahr 2020 war ein herber Rückschlag für die Stabilität der Einheitswährung. Der deutsche Bundeskanzler Jens Spahn stimmt nur widerwillig der Einführung von Gemeinschaftsanleihen der EU-Staaten (Eurobonds) zu, der Widerstand gegen eine Haftungs- und Transferunion ist dahin. Milliardenbeträge werden für den Schutz der EU-Aussengrenze und für nordafrikanische Staaten aufgewendet, um den Migrantenzustrom zu dämmen.

Das Vereinigte Königreich verharnt permanent in der Brexit-Übergangslösung, die wenig Veränderung gegenüber den Pflichten einer EU-Mitgliedschaft bringt, und hadert mit den Vorschlägen von König Charles III. zur Verschönerung der Londoner Innenstadt. Der 75-jährige russische Ministerpräsident Putin – unter ihm dient Präsident Dmitri Medwedew – konnte wieder eine russische Einflusszone in Osteuropa und im Südkaukasus errichten und ist in der Organisation erdölexportierender Staaten (Opec) der entscheidende Mittler zwischen Saudiarabien und Iran. Auch Indien steigt zu einer Regionalmacht auf. Der Westen hat an Bedeutung eingebüsst und ist mit sich selbst beschäftigt. Die Wertegemeinschaft ist ausgehöhlt.



Szenario 2

Wahrscheinlichkeit ● ● ●

China und die USA teilen den Kuchen untereinander auf

Die G-2, USA und China, wird in einer rivalisierenden Partnerschaft zum Motor der geopolitischen und ökonomischen Entwicklung auf dem Globus.

Das geopolitische Kraftzentrum geht endgültig vom Atlantik auf den Pazifik und den Indischen Ozean über.

Der Westen in Form der Wertegemeinschaft Nordamerikas und Europas hat nicht ausgedient, er hat aber an Bedeutung verloren. Werte werden von Interessen verdrängt.



Der Ton war zwar unterschiedlich, die Stossrichtung aber ähnlich. Bereits unter dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama wollten sich die Vereinigten Staaten vom Atlantik weg- und zum Pazifik hinbewegen. Ähnlich sein Nachfolger: Präsident Trump stiess die Verbündeten mit seiner rüpelhaften Art vor den Kopf, die G-7 war aber schon 2018 eine Veranstaltung der Vergangenheit. Die Musik spielte woanders: beim Verhältnis zwischen den USA und China. Im Handelskrieg ging es nicht um Stahl, Solarpanels oder Waschmaschinen, sondern um die Vorherrschaft im Bereich der Hochtechnologie. Das Reich der Mitte machte einige Konzessionen und öffnete die Märkte, was aber bedeutete, dass US-Unternehmen mehr in China investierten und das Land noch wettbewerbsfähiger wurde.

Auf Donald Trump folgte der Amazon-Gründer Jeff Bezos 2024 als Präsident. Der Technologie-Unternehmer war von den Demokraten aufgestellt worden. Bezos änderte jedoch nichts an der grundsätzlichen aussenpolitischen Ausrichtung. Die G-2, USA und China, wurde in einer rivalisierenden Partnerschaft zum Motor der geopolitischen und ökonomischen Entwicklung auf dem Globus. Die Kooperation ist zwar nicht frei von Konflikten. Doch die früheren Handelskriege sind vergessen, die zwei Nationen haben einen gemeinsamen Ausschuss zur Beilegung von Handelsdisputen gegründet. Militärisches Säbelrasseln gehört dennoch zum rauen Umgangston der beiden Supermächte. Die Vereinigten Staaten müssen das Verteidigungsbudget immer mehr aufstocken, um die führende Militärmacht zu bleiben. Washington und Peking haben einen Cyberwaffensperrvertrag abgeschlossen.

Die «neue Seidenstrasse» Chinas wird mittlerweile mit dem amerikanischen Marshall-Plan nach dem Zweiten Weltkrieg verglichen. Damit hat das Land die Infrastruktur in Zentralasien, dem Nahen Osten, in Afrika und Osteuropa verbessert. Um dem entgegenzutreten, sind die Vereinigten Staaten in eine Neuauflage des «Grossen Spiels» eingestiegen. Mit dem Begriff wird der Kampf zwischen Grossbritannien und Russland um die Vorherrschaft in Zentralasien ab dem 19. Jahrhundert bezeichnet. Washington versucht, Indien, den asiatischen Konkurrenten von China, auf seine Seite zu ziehen, Westeuropa als Juniorpartner zu pflegen und mit Russland ein Einverständnis zu erzielen. Moskau wird in erster Linie dadurch geködert, dass so wenig amerikanisches Flüssig-Erdgas wie möglich nach Europa geliefert werden soll, damit der Marktanteil von russischem Gas nicht gefährdet wird. Die zwei Supermächte bauen vor allem mit dem Checkbuch ihre Einflussphären auf. Wie schon während des Kalten Kriegs achten die Vereinigten Staaten kaum – weniger als noch in den Jahren nach dem Zusammenbruch des Kommunismus – darauf, wie sich ihre Verbündeten zu Demokratie und Menschenrechten stellen.

Das geopolitische Kraftzentrum ging endgültig vom Atlantik auf den Pazifik und den Indischen Ozean über. Der Westen in Form der Wertegemeinschaft Nordamerikas und Europas hat nicht ausgedient, er hat aber an Bedeutung verloren. Werte werden von Interessen verdrängt.



Szenario 3

Wahrscheinlichkeit ● ● ●

Der transatlantische Pakt wird wiederbelebt

Als Reaktion auf die Politik von Präsident Trump rückten die Europäer zusammen. Washington sucht die Allianz mit den Europäern, um vereint gegenüber dem aufstrebenden China aufzutreten.

Der verstärkte transatlantische Schulterschluss kann die Welt von gestern nicht wiederaufleben lassen. Die Prinzipien, die den Westen ausmachen, bleiben aber noch lange prägend für das Antlitz der Welt.



Die Präsidentschaft Trumps hat sich als Glücksfall für die Europäer herausgestellt. Wenn der Immobilienunternehmer nicht amerikanischer Präsident geworden wäre, hätten ihn die Europäer erfinden müssen, um sich zu einigen. Als der designierte EU-Kommissions-Präsident Emmanuel Macron noch französischer Präsident war, löste seine militärische Interventions-Allianz, an der sich zunächst neun europäische Länder beteiligten, die Bestrebung aus, sich diesmal tatsächlich verteidigungspolitisch von den Vereinigten Staaten zu emanzipieren. Die EU-Länder, auch Deutschland, stockten ihre Verteidigungsbudgets auf. Was Washington bereits seit Jahren gefordert hatte, kam in den frühen 2020er Jahren zustande – aber unter anderen Vorzeichen. Die EU schloss auch ihren Frieden mit dem Brexit, um das Vereinigte Königreich als strategischen Partner an sich zu binden. Am historischen Prager Asyl-Gipfel von 2025 einigten sich die EU-Staaten auf eine einheitliche Asyl- und Migrationspolitik, die nicht nur auf Abschreckung abzielt, sondern auch darauf, die besten Köpfe aus aller Welt anzuziehen. Die Probleme der Euro-Zone werden aber weiterhin verschleppt.

Der ehemalige New Yorker Bürgermeister Michael Bloomberg besiegte in einem hart geführten Präsidenten-

schaftswahlkampf Ivanka Trump und wird 46. US-Präsident. Die ungewohnte Geschlossenheit der EU-Länder samt Grossbritannien liess Präsident Bloomberg die Hand nach Europa ausstrecken. Er suchte die Allianz mit den Europäern, um vereint gegen das aufstrebende China aufzutreten. Die Nato wurde auf eine neue Grundlage gestellt, und es wurde ein transatlantisches Freihandelsabkommen unterzeichnet, das die Basis für die grösste Freihandelszone der Welt ist. Washington macht sich auch den «Brüssel-Effekt» zunutze. Damit wird der Umstand bezeichnet, dass sich in vielen Bereichen EU-Vorschriften als Weltstandards durchgesetzt haben, ohne dass dies formal geregelt worden wäre.

Gemeinsam mit Japan drängen die USA und die Europäer China dazu, die Märkte zu öffnen und nicht nur Lippenbekenntnisse zu den internationalen Institutionen abzugeben. Gleichzeitig wird Peking mehr eingebunden. Die regelgebundene Weltordnung wird ausgebaut. Der verstärkte transatlantische Schulterchluss kann die Welt von gestern nicht wieder aufleben lassen. Die Prinzipien, die den Westen ausmachen, bleiben aber noch lange prägend für das Antlitz der Welt.